

**Swiss Education Days, Bern
Eröffnungsveranstaltung**

**„Die Gemeinde als Trägerin der Volksschule –
weiter so?“**

**8. November 2016, 09.30 Uhr
BERNEXPO**

Referat von Herrn Regierungsrat Bernhard Pulver,
Erziehungsdirektor des Kantons Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

SED in Bern ☺

Schön, dass die **Swiss Education Days in Zukunft** nun in Bern stattfinden werden.

Bern

- als Messestandort
- als wichtiger Bildungsstandort
- als Brückenkanton zwischen der deutschen und der französischen Schweiz

freut sich sehr darüber.

Die Swiss Education Days sind einerseits eine **Informationsplattform** für alle, die mit Bildung zu tun haben: Wo finden Sie sonst so viele Informationen zu Didaktik und Bildung an einem Ort konzentriert.

Andererseits sollen sie in Zukunft noch vermehrt zu einer **Austauschplattform** zu Bildungsthemen werden. Darüber freue ich mich ganz besonders und diese Eröffnung macht dazu einen wichtigen Anfang.

Die Gemeinde als Trägerin der Volksschule
– **weiter so?** lautet das Thema des heutigen Morgens.

Die Gemeinde als Trägerin?

Im Kanton Bern, wie in den meisten Kantonen, ist die Volksschule eine **Verbundaufgabe**, also eine **gemeinsame Aufgabe** von Kanton und Gemeinden.

Und das ist gut so.

Wir haben hinsichtlich des heutigen Tages einen Überblick über die Situation in den Kantonen erstellt und dabei festgestellt, wie die Aufgabenteilung in den Kantonen ist.

Die Umfrage bei den Volksschulämtern der Schweiz hat uns gezeigt, dass die **gemeinsame Finanzierung der Volksschule durch die Kantone und die Gemeinden in der Schweiz recht verbreitet ist.**

Am verbreitetsten ist folgende Lösung:

- Die Gemeinden finanzieren mit wenig oder keinen Vorgaben seitens des Kantons den Bau, Betrieb und Unterhalt der **Schulanlagen.**
- Der Kanton bestimmt die **Höhe der Gehälter** der Lehrpersonen.

- Kanton UND Gemeinden bestimmen das **Unterrichtsvolumen** und finanzieren es auch gemeinsam.
- Der Kanton macht Vorgaben betreffend **Lehrmittel**, finanziert werden sie aber durch die Gemeinden.

Es gibt natürlich mannigfaltige Ausgestaltungen, aber die **Grundrichtung** geht stark in diese Richtung.

Bern ist genau so aufgestellt und ich werde mich deshalb, wenn ich in der Folge Beispiele mache, insbesondere auf die Lage in Bern beziehen.

Der Titel der Veranstaltung fragt nun: **Weiter so?**

Meine Antwort ist: **Ja.**

Ich finde es **sinnvoll**, dass die Volksschule auch in Zukunft eine Verbundaufgabe bleibt.

Und dies aus **zwei Gründen**:

1. Das Ganze **funktioniert eigentlich einwandfrei**.

Die Ergebnisse unserer Volksschule lassen sich sehen:

- Gute Ergebnisse in PISA – soweit das wirklich so wichtig ist
- Extrem hohe Abschlussquote auf Sek II unserer Jugendlichen
- Eine sehr tiefe Jugendarbeitslosigkeit
- Zufriedene Jugendliche, gemäss verschiedenen Studien

Das alles zeigt: Unsere Schule funktioniert gut.

Auch die Verbundarbeit funktioniert gut.

Und was gut läuft, muss man nicht ändern.

Es wird ohnehin schon viel zu viel immer geändert.

„**Weniger Reformen**“ ist ein breiter Wunsch im Schulfeld. Deshalb sollten wir sicher nicht hier, wo etwas so gut läuft, Grundsätzliches ändern.

2. Die Bevölkerung **wünscht sich eine stärkere Harmonisierung** der Schule.

- Das zeigte sich bei der Abstimmung über die Bildungsverfassung vor 10 Jahren.
- Das zeigte sich aber auch bei den in den letzten Jahren erfolgten Abstimmungen zu den Fremdsprachen und zum Lehrplan 21 – zuletzt in St. Gallen.

Wenn also etwas ändern, dann müsste man in der Tendenz die Rolle des Kantons stärken, damit noch stärker harmonisiert bzw. vereinheitlicht werden könnte.

Meines Erachtens wäre das aber der falsche Weg.

Einheitlich ist einheitlich – aber nicht einfach besser.

Schule ist nicht eine Industrieproduktion, wo einheitliche Normen sicher die Qualität verstärken können.

Schule und Bildung bestehen in erster Linie aus menschlicher Interaktion, wo Beziehungen die zentrale Rolle spielen.

Und wo es um den Menschen geht, muss Vielfalt Platz haben.

Gute Schule entsteht dort,

- Wo Lehrerinnen und Lehrer ihre Arbeit mit Überzeugung machen können
- Wo sie die pädagogischen Ansätze verfolgen können, die auf die konkrete Situation – den Ort, die Klasse, die

Schülerinnen und Schüler – optimal abgestimmt sind.

- Wo sie auch die pädagogischen Ansätze verfolgen können, die ihnen – den Lehrerinnen und Lehrern – am ehesten entsprechen.

Dann geben die Lehrerinnen und Lehrer mit Überzeugung Schule, mit Begeisterung, mit Verve – und dann haben wir auch die besten Ergebnisse.

Ich bin für eine Vielfalt der didaktischen und pädagogischen Ansätze, der Schulkonzepte, der Strategien: Denn

- Was in Moutier funktioniert, muss in Horgen nicht zwingend auch funktionieren.
- Was in dieser Klasse heute funktioniert, muss nicht zwingend in einer anderen Klasse im gleichen Schulhaus auch gleich gut funktionieren.

Man könnte dazu noch vielmehr sagen –
aber der Grundansatz für mich ist: **Schule
muss Vielfalt zulassen.**

Natürlich: **Auch ich** habe meine Überzeu-
gungen, was gute Pädagogik, gute Didak-
tik ist. Welches Schulmodell das beste ist.
Usw.

Aber **die Politik** sollte nicht flächende-
ckend vorgeben, wie sich Schulen aufzu-
stellen haben, welche Ansätze sie verfol-
gen wollen, welche Pädagogik vorherr-
schen muss.

Chancengerechtigkeit entsteht nicht
durch Einheitlichkeit. Sondern durch guten
Unterricht, und guter Unterricht ist bei je-
der Lehrperson, in jeder Klasse ein biss-
chen anders.

Denn Lehrpersonen sind keine Maschinen,
sondern Menschen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass die Verbundaufgabe Kanton – Gemeinde die optimale Voraussetzung darstellt, dass

- (a) ein gesamtkantonaler einheitlicher Rahmen vorgegeben wird und
- (b) eben die einzelnen Schulen – und innerhalb der Schule auch die einzelnen Stufen und Lehrpersonen – auf ihre Situation angepasste Lösungen entwickeln können.

Voraussetzung dafür ist, dass Kanton und Gemeinden diesen Spielraum respektieren.

Und dann funktioniert das Ganze eigentlich gut:

- Der Kanton definiert den **pädagogischen Grundrahmen**, in welchem die Vielfalt möglich ist:
 - Die Gliederung in Schulstufen
 - Die Fragen der Selektion

- Den Lehrplan
 - Grundsätze der Beurteilung
 - Die Lektionentafel
 - Usw.
- Der Kanton gibt die **Lehrerstellungsbedingungen** vor – die Lehrerinnen und Lehrer werden aber in den einzelnen Schulen **angestellt** (vorzugsweise durch die Schulleitung, aber ich weiss, dass das noch lange nicht überall so ist).
 - Der Kanton **finanziert** die Schule zusammen mit den Gemeinden. In Bern finanziert der Kanton die Hälfte der Gesamtkosten: Er zahlt 70 % der Lohnkosten, die Gemeinden finanzieren dafür die Infrastrukturen.
 - Die Gemeinden finanzieren und tragen die **Infrastrukturen** und haben hier auch einen Freiraum. Der Kanton gibt dazu Empfehlungen heraus.

- Das gleiche bei der **ICT-Infrastruktur**. Hier hat der Kanton Bern gerade diesen Sommer neue Empfehlungen veröffentlicht.
- Die **Schulleitung** wird in der Regel von der Gemeinde angestellt (in der Finanzierung gibt es da sehr unterschiedliche Lösungen). So ist auch die gute Abstützung der Schule in der Gemeinde garantiert.

Das hat natürlich auch seine Schwierigkeiten, weil die Schulleitungen sowohl gegenüber dem Kanton wie gegenüber den Gemeinden eine Loyalität haben...

- Die **Lehrmittel** werden von den Verlagen angeboten. Der Kanton evaluiert sie und gibt Empfehlungen ab. Die Gemeinden schaffen die Lehrmittel an und finanzieren sie auch.

In vielen Kantonen werden sehr viele Lehrmittel-Obligatorien definiert. In Bern sind wir da viel liberaler. Wir kennen eigentlich nur wenige Obligatorien: in den

Fremdsprachen und in Mathematik. Sonst geben wir nur Empfehlungen ab.

In Zukunft, mit der zunehmenden Digitalisierung von Lehrmittel könnten sich hier auch neue Fragen stellen, namentlich, ob die Entwicklung der Lehrmittel durch private Lehrmittelverlage wirklich hier noch die richtige Form ist. Dazu gibt es derzeit verschiedene Studien und Projekte, die Lehrmittelwelt der Zukunft zu analysieren und die – hoffentlich richtigen – Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

- Selbstverständlich kann der Kanton auch **weitere zentrale Rahmenbedingungen** wie das Tagesschulangebot, die Haltung in der Frage der Integration und der Sonderschulung definieren. Hier sind die Lösungsansätze – wie viel kantonale Vorschriften – recht unterschiedlich zwischen den Kantonen.

Bern hat etwa klare Regeln zu Tages-

schulangeboten erlassen: Die Gemeinden sind verpflichtet, ab einer bestimmten Nachfrage, Tagesschulmodule anzubieten. Angeboten und organisiert werden sie dann aber von den Gemeinden. Der Kanton finanziert sie aber gleich mit wie er die Volksschule mitfinanziert. – Wer befiehlt, muss auch (mit-)zahlen.

Wie die Schule aber konkret in der Gemeinde aufgestellt ist –

- wie stark die Integration ist,
- wie genau die Klassenorganisation ist,
- ob man in der Schule neue pädagogische Ansätze verfolgt,
- ob man aus pädagogischen Gründen Mehrjahrgangsklassen führt
- ob man in Schulversuchen neue Dinge ausprobiert

- das alles muss vor Ort entwickelt werden. In den Schulen, in Absprache mit den Gemeinden.

Auch die Gemeindepolitik sollte sich hier etwas zurückhalten. Wie auch ich für eine Zurückhaltung in flächendeckenden Vorgaben des Kantons plädiere.

Wir Politikerinnen und Politiker sollten vor allem für gute und freiheitliche Rahmenbedingungen sorgen, dafür schauen, dass die Schule gut unterstützt wird, sich gut abgestützt fühlt.

Und wir sollten pädagogische Weiterentwicklungen unterstützen, ermöglichen, dazu ermuntern. Wir sollten sie aber nicht selbst direkt vorgeben. Unsere Aufgabe ist nur das ermunternde, unterstützende, motivierende Umfeld.

Natürlich: Die grosse Verzahnung, die sich in der Verbundaufgabe zeigt, erfordert unbedingt:

Es braucht den Dialog zwischen den Partnern:

- Den Lehrpersonen und ihren Verbänden,
- den Gemeinden
- und dem Kanton.

Wir haben in Bern dazu verschiedene Instrumente entwickelt und die sind bisher sehr erfolgreich.

So oder so: Ich bin überzeugt, dass alle drei Partner das gleiche Interesse haben: Lehrerinnen und Lehrer, Gemeinden und Kanton wollen mit Stolz sagen können: „Voilà, das ist unsere Schule; eine gute Schule!“

Gute Schulen sind für die Politik letztlich ein wichtiger Standortvorteil, auf kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene.

Für jede Gemeinde ist eine lebendige und profilierte Schule ein Standortvorteil.

Für die Lehrerinnen und Lehrer ist die gute Schule ihr tagtägliches Lebensziel.

Für diesen gemeinsamen Einsatz danke Ihnen herzlich auf Ebene Schule, auf Ebene Kanton oder in der Gemeinde. Sei als Behördenmitglied, als Schulleitung oder als Lehrperson.

Unser Einsatz lohnt sich! Vielen Dank.